

GROSSER RAT

Junisession 2022

Auftrag Hohl betreffend Beschleunigung der Digitalen Transformation in der Verwaltung in Graubünden

Der E-Government Benchmark, den die EU-Kommission im Jahr 2020 vorgelegt hat, zeigt, wie es um die Digitalisierung der öffentlichen Hand in Europa steht. Der Report vergleicht den Fortschritt in der Digitalisierung der Verwaltung von 28 EU-Staaten sowie Island, Norwegen, Serbien, Montenegro, der Türkei und der Schweiz. Für die Schweiz zeigte die Erhebung mit Platz 30 von 36 eine ernüchternde Bestandsaufnahme.

In Beantwortung der «Anfrage Hohl betreffend Überarbeitung von Strategie und Organisation zur Forcierung der Digitalen Transformation in der Kantonalen Verwaltung» können die Zweifel der Unterzeichnenden an Ernsthaftigkeit und Bereitschaft der Regierung des Kantons Graubünden, die Digitale Transformation innerhalb der kantonalen Verwaltung konsequent, entschieden und mit hoher Priorität voranzutreiben, nicht entkräftet werden. Wenn vier Jahre nach Veröffentlichung der sogenannten «E-Government Strategie» (welche jedoch eher eine Teil-Strategie war und ist) zu den grössten Errungenschaften die «Fischfangstatistik-App», die elektronische Eingabe von Sportfonds-Gesuchen oder die Möglichkeit, das Fischereipatent einfach und unkompliziert online zu beziehen, gehören, dann erscheinen die Aussagen der Regierung lediglich als reine Lippenbekenntnisse.

Einzelne Departemente, Dienststellen oder Ämter scheinen die Digitalisierung zwar auch in Graubünden konsequent und mit hoher Priorität vorantreiben zu wollen (Beispiel Management in der Corona-Pandemie), in anderen Bereichen (Beispiel Meldeprozess der Kandidaten für die Grossratswahlen im neuen Wahlsystem) scheinen die Zeichen der Zeit aber bei weitem noch nicht erkannt worden zu sein. Eine durchgängige und übergeordnete Strategie, eine ambitionierte Priorisierung auf Stufe Regierung und der nötige Druck über die gesamte Verwaltung scheinen nicht oder unzureichend vorhanden zu sein.

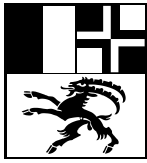
Die digitale Verwaltung sei nicht primär eine Frage der Technologie, sondern der Organisation, wie das aktuelle nationale E-Government-Strategiepapier feststellt. Es erstaunt, dass die Regierung insbesondere in diesem Bereich keinen Handlungsbedarf im Kanton Graubünden erkennt.

Die Unterzeichnenden beauftragen daher die Regierung:

1. Die E-Government-Strategie wird wie von der Regierung aufgezeigt mit hoher Priorität ausgearbeitet und aufgrund der Wichtigkeit der Thematik dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme und Diskussion vorgelegt.
2. Gleichzeitig wird dem Grossen Rat aufgezeigt,
 - a. welche Massnahmen ergriffen werden, um die digitale Transformation gegenüber heute deutlich zu beschleunigen und welche Mittel dazu benötigt werden;
 - b. welche Massnahmen zur Beschleunigung in welchem Zeitraum umgesetzt werden;
 - c. welche Anpassungen der organisatorischen und strategischen Eingliederung der heutigen Fachstelle E-Government in der Verwaltung geprüft wurden;
 - d. wie das Controlling und die Berichterstattung der Umsetzung der neuen Strategie umgesetzt und der Grosse Rat davon in Kenntnis gesetzt werden.

Chur, 16. Juni 2022

Hohl, Koch, Derungs, Bär, Berther, Berweger, Bettinaglio, Bigliel, Brandenburger, Cahenzli (Sagogn), Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Censi, Della Cà, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Felix, Flütsch, Föhn, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Heini, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jochum, Kasper, Kienz, Kohler, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Mittner, Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pfäffli, Roner, Ruckstuhl, Rüegg, Salis, Sax, Schmid, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter, Wieland, Zanetti (Landquart)



Sitzung vom

6. September 2022

Mitgeteilt den

7. September 2022

Protokoll Nr.

715/2022

Auftrag Hohl

betreffend Beschleunigung der Digitalen Transformation in der Verwaltung in Graubünden

Antwort der Regierung

Die Regierung ist bestrebt, die Digitalisierung verwaltungsweit mit hoher Priorität voranzutreiben. Dieser Umstand wird nicht zuletzt mit Blick auf den aktuellen Umsetzungsplan deutlich. Derzeit befinden sich über 30 Projekte im Bereich der Steuern, des Strassenverkehrsamts, des Baubewilligungsverfahrens, der Sozialdienste, des Bewertungswesens, der Stipendien, der Ausländerbewilligungen und Einbürgerungen und E-Voting – um nur einige zu nennen – in Planung oder in Umsetzung und werden in den kommenden Jahren der Öffentlichkeit schrittweise zur Verfügung gestellt. Eine zentrale Komponente bildet dabei das sogenannte «ePortal», auf dem die künftigen digitalen Leistungen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft angeboten werden. Zusammen mit dem Identity and Access Management System (IAM), mit dem die Nutzenden identifiziert und die Zugriffe auf die digitalen Leistungen gesteuert werden, stellt das ePortal die Basis-Infrastruktur der kantonalen E-Government-Landschaft dar und wird voraussichtlich im Jahr 2024 – ausgestattet mit ersten Fachapplikationen – der breiten Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das ePortal wird den Austausch zwischen dem Kanton Graubünden und den Bürgerinnen und Bürger wesentlich vereinfachen und zeit- resp. ortsunabhängiger gestalten. Wie bereits in der Antwort der Regierung zur Anfrage Hohl ausgeführt, ist die Realisierung von Digitalisierungsvorhaben allerdings äusserst zeit- und ressourcenintensiv. Projekte zeichnen sich in vielen Fällen durch ihre hohe technische und administrative Komplexität aus. Da sensible Daten bearbeitet werden, ist dem Datenschutz bzw. der Datensicherheit besonderes Augenmerk zu schenken.

Zudem sind die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, welche eine digitale Abwicklung der Verfahren überhaupt erst ermöglichen. Die Vernehmlassung zum Erlass eines Gesetzes über das E-Government (E-Government-Gesetz, E-Gov-G; BR 177.100) wurde am 15. August 2022 gestartet und ist zur Beratung im Grossen Rat in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 vorgesehen.

Zu Punkt 1: Die Erarbeitung der neuen E-Government-Strategie hat mit Unterstützung einer externen Beratung bereits begonnen. Dabei werden alle Aspekte der aktuellen Strategie (inkl. Organisation) kritisch hinterfragt und aktuelle Entwicklungen berücksichtigt. Ziel ist es, die neue E-Government-Strategie im 2023 zu verabschieden. Dies ist grundsätzlich eine Aufgabe der Exekutive. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Umsetzung der neuen E-Government-Strategie mit der gewünschten Priorisierung nicht mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen zu bewerkstelligen ist. Entsprechende Anträge zur Erhöhung der Ressourcen werden dem Grossen Rat in einem Bericht zum Entscheid unterbreitet.

Zu den Punkten 2a bis 2d: Seit der Inkraftsetzung der aktuellen E-Government-Strategie konnten bereits einige Vorhaben umgesetzt werden. Wie bereits einleitend erwähnt, werden in den kommenden Jahren weitere Projekte folgen, die der Bündner Bevölkerung und den heimischen Unternehmen einen spürbaren Mehrwert bieten werden. Es liegt auf der Hand, dass mit zusätzlichen finanziellen und insbesondere personellen Mitteln E-Government-Vorhaben beschleunigt werden könnten. Wie zu Punkt 1 erwähnt, werden entsprechend begründete Anträge dem Grossen Rat zum Entscheid unterbreitet.

Das Controlling erfolgt derzeit über eine jährliche detaillierte Berichterstattung zuhänden der Regierung im vierten Quartal. Der Grosse Rat wird jeweils im Rahmen der Erfolgskontrolle zum Jahresprogramm informiert.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da zercladur 2022

Incumbensa Hohl concernent l'acceleraziun da la transfurmaziun digitala en l'administraziun dal Grischun

Il benchmark e-government che la Cumissiun da la UE ha preschentà l'onn 2020 mussa la situaziun da la digitalisaziun dal maun public en l'Europa. Il rapport cumpareglia il progress ch'ils 28 stadis da la UE sco er l'Islanda, la Norvegia, la Serbia, il Montenegro, la Turchia e la Svizra han fatg en la digitalisaziun da l'administraziun. Tenor la retschertga è la Svizra sin la piazza 30 da 36 e preschenta pia ina situaziun dischillusiunanta.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders dubitan che la Regenza dal chantun Grischun prenia serius e saja pronta da far avanzar consequentamain, decididamain e cun gronda prioritad la transfurmaziun digitala entaifer l'administraziun chantunala. En la resposta a la «Dumonda Hohl concernent la revisiun da la strategia e da l'organisaziun per accelerar la transfurmaziun digitala en l'administraziun chantunala» na pon quests dubis betg vegnir eliminads. 4 onns suenter la publicaziun da l'uschenumnada «Strategia dad e-government» (ch'era e ch'è però plitgusch ina strategia parziala) èn la «app per la statistica da pestga», l'endataziun electronica da dumondas al Fond da sport u la pussaivladad da retrair las patentas da pestga online en moda simpla e nuncumplitgada ils progress ils pli gronds. En vista a quai paran las decleraziuns da la Regenza mo decleraziuns vanas.

Singuls departaments, singuls posts da servetsch u singuls uffizis paran bain da vulair far avanzar la digitalisaziun er en il Grischun en moda consequenta e cun gronda prioritad (exempel: management en la pandemia da corona), en auters secturs (exempel: procedura d'annunzia da las candidatas e dals candidats per las elecziuns dal Cussegl grond en il nov sistem electoral) pari dentant ch'ins n'haja insumma anc betg chapì quai che mussa il temp. Ina strategia generala e surordinada, ina prioritaziun ambiziunada sin il stgalim da la Regenza ed il squitsch necessari sin tut l'administraziun na paran betg dad esser avant maun u èn avant maun mo insuffizientamain.

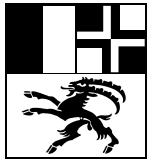
L'administraziun digitala na saja betg primarmain ina dumonda da la tecnologia, mabain da l'organisaziun, sco ch'il document actual da la Strategia naziunala dad e-government constatescha. I fa surstar che la Regenza na vesa betg in basegn d'agir en il chantun Grischun, cunzunt en quest sector.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan perquai la Regenza:

1. La Strategia dad e-government vegn elavurada cun gronda prioritad sco explitgà da la Regenza e – pervia da l'impurtanza da la tematica – vegn ella suttamessa al Cussegl grond per l'enconuschientscha e per la discussiun.
2. A medem temp vegni mussà al Cussegl grond,
 - a. tge mesiras che vegnan prendidas per accelerar cleramain la transfurmaziun digitala en cumparegliaziun cun ozendi e tge meds finansials che vegnan duvrads per quest intent;
 - b. tge mesiras per accelerar che vegnan prendidas en tge perioda da temp;
 - c. tge adattaziuns che vegnan examinadas per l'integrasiun organisatorica e strategica dal Post spezialisà actual per il e-government en l'administraziun;
 - d. co che la realisaziun da la nova strategia vegn controllada e rapportada al Cussegl grond per prender enconuschientscha.

Cuira, ils 16 da zercladur 2022

Hohl, Koch, Derungs, Bär, Berther, Berweger, Bettinaglio, Bigliel, Brandenburger, Cahenzli (Sagogn), Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Censi, Della Cà, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Felix, Flütsch, Föhn, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Heini, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jochum, Kasper, Kienz, Kohler, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuira), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Mittner, Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pfäffli, Roner, Ruckstuhl, Rüegg, Salis, Sax, Schmid, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter, Wieland, Zanetti (Landquart)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

6 da settember 2022

7 da settember 2022

715/2022

Incumbensa Hohl

concernent l'acceleraziun da la transfurmaziun digitala en l'administraziun
dal Grischun

Resposta da la Regenza

La Regenza sa stenta da promover cun gronda prioritad la digitalisaziun en l'entira administraziun. Quest fatg sa mussa betg sco ultim a maun dal plan da realisaziun actual. Var 30 projects en il sector da las taglias, da l'Uffizi per il traffic sin via, da las proceduras per la permissiun da construcziun, dals Servetschs socials, dals fatgs da valitaziun, dals stipendis, da las permissiuns per persunas estras e da las natiralisaziuns sco er dal e-voting – per numnar mo in pèr – èn actualmain en la fasa da planisaziun u da realisaziun e vegnan mess a disposiziun ils proxims onns pass per pass a la publicitad. Ina cumponenta centrala furma en quest connex l'uschenumnà «ePortal». En il ePortal vegnan purschids en l'avegnir ils servetschs digitals per la populaziun e per l'economia. L'identificaziun da las utilisadras e dals utilisaders sco er la regulaziun dals access als servetschs digitals han lieu cun il «Identity and Access Management System» (IAM). Ensemen cun il IAM furma il ePortal l'infrastructura da basa da las purschidas chantunalas dad e-government. Il ePortal vegn a star a disposiziun a la vasta populaziun previsiblamain l'onn 2024 e vegn a cuntegnair emprimas applicaziuns spezialisadas. Il ePortal vegn a simplifitgar considerablamain il barat tranter il chantun Grischun e la populaziun, ed il barat vegn ad esser pli independent dal temp resp. dal lieu. Sco gia explitgà en la resposta da la Regenza a la dumonda Hohl, dovra la realisaziun da projects da digitalisaziun però fitg bler temp e fitg bleras resursas. En blers cas èn ils projects caracterisads da lur gronda complexitad tecnica ed administrativa. Perquai ch'i vegnan elavuradas datas sensibilas, sto vegnir dada in'attenziun speziala a la protecziun resp. a la segirezza da las datas.

Plinavant ston vegnir stgaffidas las basas giuridicas che permettian insumma da liquidar las proceduras sin via digitala. La consultaziun tar il relasch d'ina Lescha

davart il e-government (LEGov; DG 177.100) ha cumenzà ils 15 d'avust 2022. La fatschenta duai vegnir tractada en il Cussegl grond durant la segunda mesadad da l'onn 2023.

Tar il punct 1: L'elavuraziun da la nova Strategia dad e-government ha gia cumenzà. Quai cun il sustegn d'ina cussegliaziun externa. En quest connex vegnan tut ils aspects da la strategia actuala (incl. organisaziun) analisads criticamain ed i vegnan resguardads ils svilups actuals. La finamira è da deliberar la nova Strategia dad e-government l'onn 2023. Quai è da princip ina incumbensa da l'executiva. Ins sto dentant partir dal fatg che la nova Strategia dad e-government na sa laschia betg realisar cun la priorisaziun giavischada, sche la lavur sto vegnir fatga cun las resursas finanzialas e persunalas actualas. Dumondas correspondentas per augmentar las resursas vegnan suttamessas al Cussegl grond en in rapport per laschar prender ina decisiun.

Tar ils puncts 2a fin 2d: Dapi che la Strategia actuala dad e-government è vegnida messa en vigur, han intgins projects gia pudì vegnir realisads. Sco menziunà qua survar, vegnan ulteriurs projects a suandar ils proxims onns, e quels vegnan a porscher ina plivalur considerabla a la populaziun grischuna ed a las interpresas indigenas. Igl è evident che projects dad e-government pudessan vegnir accelerads cun agid d'ulteriurs meds finansials e cunzunt cun dapli persunal. Dumondas motivadas correspondentamain vegnan suttamessas al Cussegl grond per la decisiun – sco menziunà tar il punct 1.

Il controlling succeda actualmain durant il quart quartal en furma d'in rapport annual detaglià per mauns da la Regenza. Il Cussegl grond vegn mintgamai infurmà en il rom da la controlla dal success tar il program annual.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di giugno 2022

Incarico Hohl concernente l'accelerazione della trasformazione digitale nell'amministrazione nei Grigioni

L'eGovernment benchmark presentato dalla Commissione dell'UE nel 2020 illustra la situazione relativa alla digitalizzazione degli enti pubblici in Europa. Il rapporto mette a confronto il progresso nella digitalizzazione dell'amministrazione di 28 Stati UE nonché di Islanda, Norvegia, Serbia, Montenegro, Turchia e Svizzera. Dal rilevamento è scaturito un risultato deludente per la Svizzera, che si trova al 30° posto su 36.

Nella risposta all'«interpellanza Hohl concernente la rielaborazione della strategia e dell'organizzazione per l'accelerazione della trasformazione digitale in seno all'Amministrazione cantonale» non sono stati fugati i dubbi delle firmatarie e dei firmatari riguardo alla serietà e alla disponibilità del Governo del Cantone dei Grigioni rispetto al fatto di portare avanti la trasformazione digitale in seno all'Amministrazione cantonale in modo sistematico, con decisione e con elevata priorità. Se quattro anni dopo la pubblicazione della cosiddetta «strategia di e-government» (la quale era ed è però piuttosto una strategia parziale) tra le maggiori conquiste rientrano l'«app della pesca», la presentazione elettronica di domande per contributi dal Fondo per lo sport o la possibilità di acquistare online le licenze di pesca in tutta semplicità, allora le dichiarazioni del Governo paiono soltanto parole vuote.

Singoli Dipartimenti, servizi o uffici sembrano voler portare avanti la digitalizzazione in modo sistematico e attribuendole elevata priorità anche nei Grigioni (ad esempio la gestione durante la pandemia di coronavirus), in altri settori (ad esempio il processo di annuncio dei candidati per le elezioni del Gran Consiglio con il nuovo sistema elettorale) sembra però che i segni dei tempi non siano di gran lunga ancora stati riconosciuti. Una strategia ininterrotta e sovraordinata, un'attribuzione ambiziosa di priorità a livello di Governo e la necessaria pressione esercitata sull'intera amministrazione sembrano mancare o essere insufficienti.

L'amministrazione digitale non sarebbe in primo luogo una questione di tecnologia, bensì di organizzazione, come osserva il recente documento strategico nazionale relativo all'e-government. Sorprende il fatto che, in particolare in questo settore, il Governo non ravvisi alcuna necessità di agire nel Cantone dei Grigioni.

Le firmatarie e i firmatari conferiscono perciò al Governo il seguente incarico:

1. La strategia di e-government viene elaborata con elevata priorità come indicato dal Governo e, per via dell'importanza del tema, viene presentata al Gran Consiglio affinché ne prenda atto e la discuta.
2. Al contempo viene indicato al Gran Consiglio
 - a. quali misure vengono adottate per accelerare sensibilmente la trasformazione digitale rispetto a oggi e quali mezzi sono necessari a tale scopo;
 - b. quali misure di accelerazione saranno attuate entro quanto tempo;
 - c. quali adeguamenti dell'inquadramento organizzativo e strategico dell'attuale Servizio e-government in seno all'amministrazione sono stati presi in esame;
 - d. in che modo il controlling e l'allestimento di rapporti relativi all'attuazione della nuova strategia saranno attuati e in che modo il Gran Consiglio ne sarà portato a conoscenza.

Coira, 16 giugno 2022

Hohl, Koch, Derungs, Bär, Berther, Berweger, Bettinaglio, Bigliel, Brandenburger, Cahenzli (Sagogn), Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Censi, Della Cà, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Felix, Flütsch, Föhn, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Heini, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jochum, Kasper, Kienz, Kohler, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Mittner, Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pfäffli, Roner, Ruckstuhl, Rüegg, Salis, Sax, Schmid, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter, Wieland, Zanetti (Landquart)



Seduta del

6 settembre 2022

Comunicato il

7 settembre 2022

Protocollo n.

715/2022

Incarico Hohl

concernente l'accelerazione della trasformazione digitale nell'amministrazione nei
Grigioni

Risposta del Governo

Il Governo si impegna a portare avanti con elevata priorità la digitalizzazione in tutta l'amministrazione. Questo fatto risulta evidente non da ultimo dando un'occhiata al piano di attuazione in corso. In questo momento oltre 30 progetti nel settore delle imposte, dell'Ufficio della circolazione, della procedura per il rilascio della licenza edilizia, dei servizi sociali, delle valutazioni, delle borse di studio, dei permessi per stranieri e delle naturalizzazioni nonché dell'e-voting, tanto per citarne alcuni, si trovano in fase di pianificazione o di attuazione e saranno messi gradualmente a disposizione del pubblico nei prossimi anni. Una componente fondamentale al riguardo è costituita dal cosiddetto «ePortal», sul quale saranno offerte le future prestazioni digitali per la popolazione e l'economia. Tramite l'Identity and Access Management System (IAM), mediante il quale vengono identificati gli utenti e gestiti gli accessi alle prestazioni digitali, l'ePortal costituisce l'infrastruttura di base del panorama di e-government cantonale e, con le prime applicazioni specifiche, sarà a disposizione di tutta la popolazione probabilmente nel 2024. L'ePortal semplificherà notevolmente gli scambi tra il Cantone dei Grigioni e i cittadini, rendendoli maggiormente indipendenti dal tempo e dal luogo. Come già spiegato nella risposta del Governo all'interpellanza Hohl, la realizzazione di progetti di digitalizzazione è tuttavia estremamente onerosa in termini di tempo e di risorse. In numerosi casi, i progetti si caratterizzano per la loro elevata complessità tecnica e amministrativa. Siccome vengono elaborati dati sensibili occorre prestare particolare attenzione alla protezione e alla sicurezza dei dati.

Inoltre vanno create basi giuridiche che innanzitutto consentano uno svolgimento digitale delle procedure. La procedura di consultazione relativa all'emanazione di una legge sull'e-government (LEGov; CSC 177.100) è stata avviata il 15 agosto 2022; il dibattito in Gran Consiglio relativo a tale legge è previsto per la seconda metà del 2023.

In merito al punto 1: l'elaborazione di una strategia di e-government è già stata avviata con il sostegno di un consulente esterno. Tutti gli aspetti della strategia attuale (inclusa l'organizzazione) verranno esaminati in modo critico e gli attuali sviluppi saranno tenuti in considerazione. L'obiettivo consiste nel licenziare la nuova strategia di e-government nel 2023. Ciò è fondamentalmente un compito dell'esecutivo. Occorre tuttavia ritenere che l'attuazione della nuova strategia di e-government secondo le priorità auspiccate non possa essere realizzata con le risorse finanziarie e in termini di personale esistenti. Corrispondenti richieste di aumento delle risorse saranno sottoposte per decisione al Gran Consiglio mediante un rapporto.

In merito ai punti 2a – 2d: dalla messa in vigore dell'attuale strategia di e-government è già stato possibile attuare alcuni progetti. Come già menzionato all'inizio, nei prossimi anni seguiranno altri progetti, che offriranno alla popolazione grigionese e alle imprese locali un valore aggiunto tangibile. È evidente che con mezzi supplementari in termini finanziari e in particolare in termini di personale sarebbe possibile accelerare i progetti di e-government. Come ricordato al punto 1, richieste motivate corrispondenti saranno sottoposte al Gran Consiglio per decisione.

Attualmente il controlling avviene tramite un rapporto annuale dettagliato presentato al Governo nel quarto trimestre. Il Gran Consiglio sarà informato ogni volta nel quadro del controllo dei risultati relativo al programma annuale.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin